

# betrieb & gewerkschaft Intern

Ausgabe 5 / Dezember 2003 / 6. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben von Harald Werner, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS  
und dem BundessprecherInnenrat der PDS-AG betrieb & gewerkschaft

## **Liebe B&GlerInnen!**

War Chemnitz das „Godesberg“ der PDS? Die einen bejahen das und denken über eine veränderte organisatorisch-politische Aufstellung in der Partei nach oder verlassen gar die PDS, um sich Gruppierungen oder Parteien anzuschließen, die zwar politisch bedeutungslos sind, dafür aber umso kompromissloser die reine Lehre beschwören. Die anderen schweigen dazu beredt oder bestreiten das vehement. Sie feiern das Programm als „wahrhaft sozialistisch“, erklären die PDS nach Chemnitz als „endlich politikfähig“ und wollen jetzt rasch „zur Sache“ kommen. Wo liegt die Wahrheit? Diese Frage ist, wenn man sie mit Ernsthaftigkeit zu beantworten sucht, nicht mit einem Satz und schon gar nicht mit Schlagworten zu beantworten. Der Chemnitzer Parteitag war natürlich eine höchst widersprüchliche Veranstaltung, und unsere AG war deren wahrnehmbarer – und auch in der Öffentlichkeit wahrgenommener – Bestandteil. Und vor allem: Unsere AG war nicht nur „dabei“, sondern hat kräftig und bei einigen Fragen sogar entscheidend mitgestritten (siehe insbesondere die Einschätzung von Barbara Borchardt). Wenn man also zu dem Ergebnis kommt, das Chemnitz (noch) nicht zum „Godesberg der PDS“ geworden ist, dann hat das etwas mit dem engagierten und überzeugenden Auftreten der AG b&g auf dem Parteitag zu tun. Dafür allen unseren Delegierten Dank und Anerkennung! Dass das jetzt beschlossene Programm nur dann „lebt“, wenn es als Anleitung zum kämpferischen Handeln verstanden wird; davon muss man die Genossinnen und Genossen der AG betrieb&gewerkschaft nicht erst überzeugen...

**Redaktion b&g intern**

## **Auf nach Leipzig!**

Nicht zur Olympiade, sondern zur 9. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS am 16.-17. Januar 2004, so ist unsere nächste Aufgabenstellung.

Gestärkt durch die Demonstration am 1.11.2003 in Berlin, werden weitere Aktionen in Betrieben und auf der Straße notwendig und möglich. Gestärkt gehen wir als AG der GewerkschafterInnen der PDS auch aus dem Parteitag hervor, haben wir doch in einem zentralen Punkt (unternehmerisches Gewinninteresse) die inhaltliche Aussage total gedreht und weitere wichtige Positionen im Programm verankert, wie Ihr in diesem Heft lesen könnt.

Gleichzeitig besteht kein Grund zur Euphorie, wie Barbara

Borchardt in ihrem hier abgedruckten Beitrag erklärt. Wie wir die Situation nach den Gewerkschaftskongressen einschätzen und welche Schlussfolgerungen wir ziehen, könnt Ihr dem hier abgedruckten Beschluss entnehmen. Mehr und bessere Möglichkeiten, die Debatte zu führen, wo die Gewerkschaften und die politische Linke stehen, gibt es auf unserer Gewerkschaftskonferenz. Deshalb: Auf nach Leipzig!

**Gerald Kemski**

*Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen ein friedliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und persönlich Gesundheit und Schaffenskraft im Jahr 2004!*

*Redaktion b&g intern*

## Einschätzung Bundesparteitag in Chemnitz - Verabschiedung des neuen Parteiprogramms der PDS

# Diskussionspapier für das Bundestreffen am 15./16.11. 2003 in Magdeburg (Auszug)

Das neue Parteiprogramm ist beschlossen. 333 Delegierte sprachen sich für das Programm aus 10 enthielten sich der Stimme und 38 haben mit nein gestimmt.

Auf unserer letzten AG - Sitzung hatten wir uns dazu verständigt., dass wir unser gemeinsames Handeln in und bei der PDS nach dem Parteitag diskutieren und konkrete Schlussfolgerungen ziehen wollen. Dieses Papier ist als Diskussionsgrundlage für diese Debatte gedacht, hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

### 1. Vorbemerkungen:

Die 2. Tagung des 7. Parteitages (6. und 7. Oktober 2001, Dresden) hat im nachfolgenden Beschluss:

"Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! "

festgeschrieben, dass auf dem Parteitag im Jahre 2003 das neue Programm der PDS beschlossen werden soll.

Auszug aus dem Beschluss:

I.

"Keiner der vorliegenden Programmentwürfe konnte eine solche Entwicklung vorhersehen bzw. berücksichtigen. Parteivorstand und Programm-Kommission werden darum beauftragt, auf der Grundlage des von der Parteivorsitzenden vorgelegten Programmentwurfs unter Einbeziehung der unterschiedlichen Sichten, **der Erfahrungen der innerparteilichen und gesellschaftlichen Debatte seit Vorlage des Textes einen neuen Entwurf für ein Parteiprogramm unmittelbar nach der Bundestagswahl vorzulegen. Das überarbeitete Parteiprogramm soll im Jahr 2003 beschlossen werden.**

Darauf zielt unsere weitere Programmdiskussion. Der entscheidungsreife Programmentwurf soll das Ergebnis einer intensiven Diskussion sein, der auf wichtige, gesellschaftliche Debatten – insbesondere zur Friedenssicherung, der Informationsgesellschaft, Gentechnik, Nachhaltigkeit, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf zukünftige gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen und weiteren Themen – eingeht. Er soll unseren Veränderungswillen auf allen wichtigen Politikfeldern widerspiegeln, hohen sprachlichen Ansprüchen genügen und durch Kürze an Prägnanz gewinnen. Das Programm einer pluralistischen Partei kann weder eine Mixtur gegensätzlicher Positionen noch Unterwerfung unter einen einzigen theoretischen Ansatz sein. Wir wollen die internationale Debatte sozialistischer Parteien und Organisationen nutzen und bereichern, zugleich die Entwicklung einer erneuerten sozialistischen Bewegung in Europa unterstützen und den Dialog mit anderen humanistischen und demokratischen Kräften herstellen bzw. weiterführen."

- Im Februar 2003 wurde durch den Parteivorstand der neue Entwurf zur weiteren Diskussion in die Partei gegeben.
- Unsere AG hat sich von Beginn an, an dieser Diskussion beteiligt. Wir hatten uns dazu verständigt, dass Grundlage für unsere weitere Arbeit am Programm der vorliegende Programmentwurf sein soll.
- In eigenen Veranstaltungen haben wir den Entwurf diskutiert und Änderungsanträge an die Programmkommission bzw. an den Parteitag übergeben. Im August 2003 wurde der wiederum überarbeitete Entwurf dem PV übergeben.
- Leider mussten wir feststellen, dass so gut wie keine Änderungsanträge von der Kommission übernommen wurden.
- Deshalb haben wir erneut Anträge an den Parteitag gestellt.

- Nach der Behandlung im Parteivorstand mussten wir wiederum feststellen, dass unsere Anträge zum größten Teil nicht übernommen wurden bzw. auch nicht zur Behandlung auf dem Parteitag vorgeschlagen worden sind.
- Deshalb entschlossen wir uns kurzfristig, die nicht berücksichtigten Anträge auf der Basis der Geschäftsordnung des Parteitages (35 Unterschriften) wieder in die Debatte zu bringen. Das ist uns gelungen.

## II. Debatte in der Partei vor der 2.Tagung des 8. Parteitages

- Nach der Veröffentlichung des Parteiprogramms im Februar 2003 fand eine rege und aufgeschlossenen Debatte über den vorliegenden Entwurf statt.

Bereits im Vorfeld des erzwungenen Sonderparteitages ist diese Debatte im wesentlichen - in den Basisorganisationen/ Kreisorganisationen - abgebrochen.

- Innerhalb der Partei wurde insbesondere durch "Führungskräfte " die Devise ausgegeben: lasst uns endlich das Programm beschließen, wenn wir uns nicht auf dem Parteitag lächerlich machen wollen, dann müssen wir die Debatte abschließen.
- Angesichts der Krise in der wir uns nach wie vor befinden, den vergangenen Querelen in der Partei haben sich viele Delegierte von dieser geführten Debatte beeinflussen lassen (zeigte auch Abstimmungsverhalten).

Gleichzeitig wurde für mich im Vorfeld deutlich, dass die Mehrzahl der Mitglieder der Programmkommission und auch des Parteivorstandes keine Änderungen am vorliegenden Entwurf vornehmen wollten.

**Dennoch mussten Änderungen dort vorgenommen werden, wo der politische Druck durch AG/IG's, von Einzelpersonlichkeiten laut artikuliert wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die Abstimmung zum Programm eine 2/3 Mehrheit benötigt wurde.**

## III. Debatte auf dem Parteitag

- Auf dem Parteitag war die angespannte Atmosphäre bezüglich des Verlaufs und des Abstimmungsergebnisses deutlich zuspüren.
- Die zu den einzelnen Arbeitsschwerpunkten geführten Debatten waren von hoher inhaltlicher Qualität und machten zum größten Teil die nach wie vor vorhandenen Differenzen in der Partei deutlich.
- Die konkrete inhaltliche Zusammenarbeit unsererseits mit anderen AG/IG' im Vorfeld des Parteitages und auf dem Parteitag hat sich auf die Beschlussfassung bzw. die inhaltliche Debatte positiv ausgewirkt.
- Dennoch, trotz gemeinsamer Abstimmung wurden vorliegende Änderungsanträge insbesondere der Kommunistischen Plattform, der ökologischen Plattform/ des Geraer Dialogs marxistischen Forums wurden zum größten Teil abgelehnt. Aus meiner Sicht wurde diese Vorgehensweise bereits im Vorfeld des Parteitages diskutiert.
- Andererseits hat der PV, um weitere inhaltliche Debatten auf dem Parteitag zu verhindern, vorliegende Änderungsanträge, die im Vorfeld des Parteitages umstritten waren, durch die entsprechende Anzahl der Unterschriften wiederum zur Debatte stehen von sich aus übernommen.
- Das erreichte Ergebnis bezüglich unserer Anträge liegt vor (siehe Anlage). Es ist festzustellen, dass alle Anträge unserer AG vollständig bzw. z.T. berücksichtigt wurden. Das ist erst einmal positiv zu bewerten. Gleichzeitig sollten wir uns keiner Illusion hingeben - die von uns eingebrachten und verankerten inhaltlichen Schwerpunkte bleiben in der Partei umstritten (Ich bin fest davon überzeugt, dass sie nicht aus inhaltlicher Überzeugung sondern nur wegen des Drucks übernommen worden sind).

## IV. Inhaltliche Bewertung des Programms und Schlussfolgerungen

In den letzten Wochen wurden von den unterschiedlichsten AG/IG's der PDS zum vorliegenden Parteiprogramm Bewertungen vorgenommen, die sich zum Teil auf den Vergleich zum 93 'er Programm bzw. auf das Neue bezogen haben. Mein Bewertung bezieht sich ausdrücklich auf das nun beschlossene. Bei der Bewertung beziehe ich nachfolgende - von uns kritisierte Fragen mit ein wie z.B.:

1. Die Sprache des Programms ist zu kompliziert
2. Das Programm ist zu lang
3. Die Analyse der gegenwärtigen Situation ist nicht ausreichend.
4. Die tatsächlich vorhandenen Gegensätze / Interessenkonflikte werden nicht beim Namen genannt
5. Zu verschwommene und gewundene Formulierungen, viele Aussagen sind scheinbar bewusst nicht eindeutig formuliert worden
5. Heiligsprechung des Profitinteresses.
6. Keine konkreten Aussagen zur zukünftigen Rolle des Staates (Daseinsvorsorge/ Privatisierung von staatlichen Aufgaben)
7. Regierungsbeteiligung wird kritiklos festgeschrieben ohne konkrete Rahmenbedingungen
8. Demokratisierung in der Wirtschaft unzureichend formuliert bzw. so gut wie gar nicht aufgenommen
9. Rolle der Gewerkschaften halbherzig formuliert
10. Pluralismusanspruch der PDS wird als weltanschauliches Sammelsurium reduziert
11. Bereits gefasste Beschlüsse des Parteitages werden nicht berücksichtigt teilweise widersprochen (UNO Einsatz/ voller Lohnausgleich)

Zusammenfassend möchte ich an dieser Stelle bemerken: In der letzten AG - Sitzung waren wir uns im wesentlichen einig:

Wenn es keine - im Sinne unserer Kritik - Veränderungen gibt, können wir auf dem Parteitag nicht zustimmen und wir werden als AG beraten müssen ob und in welcher Form wir als AG in der PDS weiter arbeiten wollen.

#### **Zur Bewertung:**

- Was die Sprache betrifft sind aus meiner Sicht Fortschritte zu erkennen, nicht gelungen ist die von allen gewollte Kürze des Programms. Aber daran haben wir wohl alle unseren Anteil.
- Bezogen auf die Analyse und Kritik der gegenwärtigen politischen Situation sind die Aussagen präziser geworden, aus meiner Sicht aber nach wie vor noch nicht Präzise genug bzw. unzureichend. So wird der heutige Kapitalismus für mich zu positiv bewertet, seine zerstörerischen Auswirkungen vernichtlicht.  
( ".....- der heutige Kapitalismus bringt auch Möglichkeiten hervor, die für die Lösung der Menschheitsfragen unverzichtbar sind, aber gleichzeitig fesselt ..... usw." Ich frage mich welche Möglichkeiten sind das?)
- die Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Politik der Sozialdemokratie ist nach wie vor verwaschen und es bleibt der Eindruck bestehen, dass man sich den Weg einer Zusammenarbeit nicht versperren will.
- Die Anerkennung der Tarifhoheit, der Ablehnung von jeglichen Studiengebühren sind positiv zu bewerten.
- Regierungsverantwortung wird nicht konkret an Bedingungen geknüpft. Zwar wird im Abschnitt "Unser Weg: Demokratisierung der Gesellschaft ein leiser Versuch unternommen ("..... In offener und kritischer Auseinandersetzung und im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir prüfen , ob die gewählten Mittel unserem wichtigsten Ziel entsprechen , einen Richtungswechsel herbeizuführen.....").  
Aber erstens ist es aus meiner Sicht selbstverständlich, dass eine sozialistische Partei die im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern steht,  
Zweitens fehlt aus eine weitere konkrete inhaltliche Positionierung in den einzelnen Bereichen und  
Drittens frage ich mich, was wir in unserer praktischen Politik tun, wenn die Bürgerinnen und Bürger unsere Ansätze nicht mittragen, weil der neoliberale Mainstream sie vereinnahmt hat (Politik für Ausländerinnen und Ausländer/ Verschärfung von Zumutbarkeitsregeln/ Arbeit um jeden Preis/

Tarifpolitik u.u.u.) Damit verbunden ist für mich auch die Frage nach Bewertung der Politikfähigkeit.

Sind wir politikfähig weil wir der herrschenden politischen Klasse beweisen, dass wir im Rahmen der bestehenden Verhältnisse/ Voraussetzung regierungsfähig sind oder - und das ist meine Intension - sind wir politikfähig weil wir Alternativen aufzeigen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit für die Betroffenen.

Gleichzeitig bleibt für mich die Kritik bezüglich der Auslegung der Frage UNO-Einsatz. Zwar wurde eine Änderung zum Entwurf vorgenommen, die beim oberflächlichen Lesen den Eindruck vermittelt, dass diese Formulierung kein Widerspruch zum Beschluss von Münster darstellt. Wenn man genau hinsieht stellt man aber fest, dass durch die ausdrückliche Benennung der Rechtsgrundlagen (UNO Charta) ein kleiner Spalt geöffnet wurde ( internationalistisches Gewaltmonopol wurde gestrichen - siehe aber UNO Charta)

- Das Verhältnis zu den Gewerkschaften wurde konkreter gefasst. Der von uns öffentlich kritisierte Absatz, der gewerkschaftliche Forderungen in Kollision mit sozialer Gerechtigkeit betrachtet hat, wurde gestrichen. Aber und das muss an dieser Stelle benannt werden hat Gabi Zimmer in Ihrer Rede " Bericht der Programmkommission" wiederum als Problem dargestellt.
- Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie im Programm verankert ( Annahme bzw. Teilannahme unserer Anträge IV und von Ralf Krämer und Maik )
- Zur Frage Pluralismus in der PDS hat sich gegenüber dem Entwurf nichts verändert. Ich bedaure sehr, dass der Antrag der kommunistischen Plattform zur Übernahme der Formulierung aus dem Programmentwurf nicht übernommen wurde.

#### **Persönliche Einschätzungen - Zusammenfassung:**

1. Meine Erwertungen bezüglich der Veränderung des Entwurfes Brie/Brie/Klein sind übertroffen. Ich habe noch am Vorabend des Parteitages nicht daran geglaubt, dass es uns gelingen wird unsere Anträge durchzusetzen. Für mich heißt es, dass es sich nach wie vor lohnt zu kämpfen, unsere langfristige konzeptionelle Arbeit am Entwurf und die Zusammenarbeit mit anderen AG'Ig' s hat sich gelohnt.
2. Diese Einschätzung soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der PDS zu den von uns thematisierten inhaltliche Fragen nach wie vor unterschiedliche Auffassungen gibt.
3. Die von uns eingebrachten Änderungen werden auch nach wie vor von uns zu verteidigen sein. Aus meiner Sicht ist die inhaltliche Auseinandersetzung in der Partei mit der Beschlussfassung nicht vorbei, sondern hat erst begonnen.
4. Aus meiner Sicht ist eine weitere Arbeit der AG in und bei der PDS auf der Basis des verabschiedeten Programm möglich.

#### **Schlussfolgerungen:**

1. Wirken in der PDS:

Die AG betrieb&gewerkschaft sollte ich Arbeit auf nachfolgende inhaltliche Debatten konzentrieren:

- Rolle der Gewerkschaften - Verhältnis PDS
- Debatten zur Tarifpolitik
- Diskussion Entwicklung von Alternativen zu neoliberalen Konzepten
- Weitere inhaltliche Debatten der von uns eingebrachten Änderungen innerhalb der Partei
- Den Kontakt zu anderen AG/IG' s verstärken und gemeinsame inhaltliche Diskussionen zielgerichtet führen

2. Außerhalb der PDS:

- Die AG betrieb&gewerkschaft sollte sich bemühen ein Diskussionsforum für linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu bleiben bzw. zu werden.
- Gemeinsam mit außerparlamentarischen Bündnissen sollten wir Widerstand gegen den Sozialabbau organisieren

**Anmerkung der Redaktion:** Der Teil Schlussfolgerungen wurde einstimmig vom Bundestreffen angenommen. Das Übrige ist der persönliche Beitrag von Barbara.  
Die durch die AG erkämpften Positionen findet Ihr im Teil „Aus dem PDS Programm“.

**Der 1. November 2003 kann nur ein Auftakt gewesen sein !**

## **Erklärung des Bundestreffens der PDS AG betrieb & gewerkschaft zu den Gewerkschaftstagen und zur Demonstration am 1.11.2003**

Mit *ver.di* und der IG Metall hielten die beiden größten DGB-Gewerkschaften sowie die Gewerkschaft NGG im Oktober 2003 ihre Bundeskongresse ab .

Alle drei Kongresse zeigten, dass sehr viele Delegierte in Opposition zu den Maßnahmen der SPD geführten Bundesregierung stehen, die mit Agenda 2010, Hartz-Gesetzen usw. eine weitgehende Beseitigung des Sozialstaates durchsetzen will. Deutlich wurde auch, dass ohne eine gewerkschaftliche Basisbeteiligung erfolgreiche Gegenwehr nicht möglich sein wird.

Entschieden abgelehnt wurde auf allen drei Gewerkschaftskongressen auch die geplanten Angriffe auf das Tarifrecht, wie sie von der SPD/Grünen-Regierung - aber am entschiedensten von CDU und FDP vorgetragen werden.

Problematisch ist aber eine Ausrichtung der Gewerkschaften, die sich im Wesentlichen auf das Konfliktfeld des Tarifrechts beschränken wollen. Falls darin der Versuch unternommen werden sollte, weiter einen Schulterschluss mit der Bundesregierung zu pflegen, nur weil sich SPD/Bündnisgrüne sich derzeit in dieser Frage etwas moderater verhalten, ist dies vollkommen fehl am Platz. Es war Bundeskanzler Schröder selbst, der in Begründung der Agenda 2010 im Bundestag als erster die Drohung zur Änderung des Tarifvertragsrechts ausgesprochen hat. Der Widerstand der Gewerkschaften muss auf allen Feldern des Sozialabbaus geführt werden !

Zu Recht wurde auf allen drei Kongressen – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - darauf hingewiesen, dass die deutschen Gewerkschaften im politisch-parlamentarischen Raum erstmals ohne Bündnispartner dastehen. Folgerichtig wird eine stärkere gewerkschaftliche Autonomie und die Suche nach anderen Bündnispartnern befürwortet um Mehrheiten in der Gesellschaft zu erreichen.

Unklar blieb jedoch weitgehend, wie diese politische Autonomie aussehen und wie und mit welchen Bündnispartnern der soziale Widerstand bewegt werden soll.

Die PDS wird aufgrund ihrer realen Politik in den Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin von GewerkschafterInnen, die sich gegen Sozialabbau zur Wehr setzen, nicht als Bündnispartnerin sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Erinnerung sei u.a. an die bundesweite Initiative des Berliner Senats zum Beamtenbesoldungsgesetz, die eine flächendeckenden Absenkung von Einkommen im Öffentlichen Dienst zur Folge hat und weiter haben wird.

Gleichwohl besitzt die PDS mit der „Agenda sozial“ eine klare Positionierung als Alternative zum Sozialabbau. Die PDS hat sich in ihrem neuen Parteiprogramm unzweideutig für den Erhalt der Flächentarifverträge und für aktionsfähige Gewerkschaften ausgesprochen . Sie hat als einzige relevante Partei aktiv für die Demonstration gegen den Sozialabbau am 1. November 2003 in Berlin mobilisiert. Die beiden PDS-Abgeordneten im Bundestag sind oft die einzigen Stimmen, die den sozialen Protest zu Gehör bringen. Das unterscheidet die PDS positiv von allen anderen Parteien im Bundestag. Diese und andere Fakten eröffnen die Möglichkeit, dass die PDS eine wichtige Bündnispartnerin für die Gewerkschaften wird. Dafür wollen wir als AG betrieb & gewerkschaft wirken.

Gerade die Demonstration am 1. November 2003 hat gezeigt, wie falsch es war, den Widerstand gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze mit dem 24. Mai 2003 einzustellen. Am 1. November 2003 haben Tausende ehren- und hauptamtliche GewerkschafterInnen bewiesen, dass es möglich ist den Widerstand massiv auf die Straße zu bringen.

Als AG der GewerkschafterInnen der PDS werden wir alles tun, gewerkschaftlichen und politischen Widerstand sowie Alternativen zur Politik der Bundesregierung in die Betriebe, Stadtteile und auf die Straße zu bringen.

Der 1. November 2003 kann nur ein Auftakt gewesen sein . Nicht nur wir wissen : Schröder, Fischer, Merkel, Stoiber und Westerwelle werden sich mit der Agenda 2010, der Gesundheitsreform und den Hartz-Gesetzen nicht zufrieden geben. Sie wollen in dieser Richtung weitermachen.

Gegen diese sozialen Kahlschlag muss der soziale Widerstand weitergehen.

*Magdeburg, den 15. November 2003*  
*Bundestreffen der PDS AG betrieb & gewerkschaft*  
**(einstimmig)**

## **Treffen der Landes-AG Betrieb & Gewerkschaft Rheinland-Pfalz am 11.10. in Mainz**

Landessprecher Jürgen Locher referierte die Grundsatzüberlegungen von Harald Werner zur Agenda Sozial der PDS mit der Idee der Leitbilder. Die anschließende teils auch kontroverse Diskussion ergab eine weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit den Thesen Harald's. Auch in Rheinland-Pfalz müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, die Agenda Sozial breitestmöglich in die Bevölkerung zu tragen. Es zeigte sich, dass ein großes Bedürfnis nach Vorstellungen und Ideen besteht, wie das besser gelingen kann. Darüber wird beim nächsten Treffen weiter beraten.

Dann wurden Anträge der AG an den Landesparteitag diskutiert und beschlossen.

- auf Erklärung des Landesparteitages die Agenda Sozial des PDS als fortschrittliche Alternative zur Agenda 2010 anzunehmen und öffentlich zu propagieren.
- auf Erklärung des Landesparteitages, dass die PDS die geplanten Kürzungen und Streichungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Landesbeamte durch die Landesregierung ablehnt.
- auf formelle Anerkennung der AG Betrieb & Gewerkschaft durch den Landesparteitag Als VertreterInnen der Landes-AG für das Bundestreffen im November in Magdeburg wurden Gisela Willberg und Harold Kempf benannt. Das nächste Treffen der Landes-AG wurde für den 6. Dezember festgelegt.

### **Aus dem Programm der PDS 2003 (beschlossen am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz)**

#### **I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte (Auszug)**

„Die gesellschaftliche Dominanz der Profitlogik ist daher mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-Ökologisches Wirtschaften gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.“ (Seite 3)

#### **III. Reformalternativen: demokratisch, sozial, zivil (Auszüge)**

##### **1. Demokratie**

„Wir wollen, dass in allen großen Unternehmen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen paritätisch mitbestimmen können. In den Regionen, Ländern und im Bund sollen Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ- und

Beratungsrechten in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik gebildet werden. Darin sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Sozial- Umwelt- und Verbraucherverbände mitwirken. Auch in transnationalen Konzernen und auf der europäischen Ebene soll die Mitbestimmung gewährleistet und ausgeweitet werden.“ (Seite 10)

##### **3. Wirtschaft**

Um den anhaltend schwachen Binnenmarkt zu kräftigen misst die PDS der Erhöhung der Massenkaufkraft durch gezielten Abbau der Massenarbeitslosigkeit erstrangige Bedeutung zu. Sie lehnt jedwede Absenkung von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialtransfers als wirtschafts- und gesellschaftsschädigend ab. Sie fordert die Einführung von Mindestlöhnen und unterstützt gewerkschaftliche Auseinandersetzungen für Lohnerhöhungen. Die PDS hält an ihrer Forderung fest : Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. „ (Seite 12)

##### **5. Arbeit**

„Auf dieser Grundlage gewinnt die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit größte Bedeutung für eine gerechte Verteilung der Arbeit. Flexible tarifliche Vereinbarungen zur generellen Einführung der 35-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich und in der ferneren Perspektive deren Ausweitung zur 30-Stunden-Woche sind wesentliche Schritte zur Vollbeschäftigung neuer Art. Arbeitsplätze werden in diesem Zusammenhang aber nur entstehen, wenn ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern den Ausgleich von Arbeitszeitverkürzung durch verschärfte Arbeitshetze ausschliesst und Einstellungsgartien vereinbart werden.“ (Seite 15)

„Auch im weltweiten Wettbewerb bleiben Flächentarifverträge, ausgehandelt von aktionsfähigen Gewerkschaften, unverzichtbare Voraussetzung, um Entlohnung und Arbeitsbedingungen zu regeln, den Abhängig Beschäftigten ihren Anteil am Volkseinkommen zu sichern und dadurch die Binnenachfrage zu stabilisieren. Die PDS verurteilt es, den bestehenden Reformbedarf zu missbrauchen und den Vorrang flexibler Tarifverträge zu Gunsten abweichender Betriebsvereinbarungen zu beseitigen, die die Belegschaften unter Druck setzen, um einseitige Zugeständnisse an die Kapitaleigentümer zu erreichen. Wo es neuer flexibler Regelungen bedarf, müssen sie von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt und durch ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften abgesichert werden.“ (Seite 15).

## Hier sind sie, die Email-Adressen der B&Gler:

Wolfram Altekrüger	Wolfram.Altekrueger@t-online.de
Angela Beutler	abeutler@t-online.de
Horst Bethge	Horst.Bethge@t-online.de
Verena Brachvogel	verena.brachvogel@gmx.de
Barbara Borchardt	info@barbara.borchardt.de
Gerda Brücher	gerda.bruecher@mnet-online.de
Jan Bücking	dominique-buecking@t-online.de
Gerd Buddin	gerd.buddin@pds-online.de
Jörg-Henry David	JoHeda@t-online.de
Wolfgang Denecke	kv-leipziger-land@pds-sachsen.de
Siegfried Deuschle	siegfried.deuschle@nexgo.de
Hermann Dierkes	herdierkes@aol.com
Michael Dubielczyk	DUBI121@aol.com
Jochen Dürr	jochenduerr@freenet.de
Monika Dürschmied	ermola@t-online.de
Gisela Engel	engel.gisela@gmx.de
Wolfgang Engel	Zweiengel@aol.com
Ralf-Jochen Ehresmann	uzsptm@uni-bonn.de
Rainer Einenkel	rainein@aol.com
Dirk Elmer	d.elmer@im-inter.net
Wolfgang Freye	w.freye@t-online.de
Brigitte Gehrke	brigittegehrke@ki.comcity.de
Heidi Gläs	glaess@t-online.de
Manfred Göbel	goebel.m@t-online.de
Joachim Peter Graf	gew-sv-muenchen@link-m.de
Angela Grollmisch	agrollmisch@web.de
Holger Grünwedel	holger.gruenwedel@gmx.net
Kerstin Heinzl	HEINZEL@t-online.de
Frank Habermann	regionalbuero@pds-nordhessen.de
Agnes Hasenjäger	h.agnes@gmx.de
Martina Heller	Heller5@freenet.de
Hans Joachim Hirschfeld	HHirschfeld@t-online.de
Kamin, Bernd	BERNT0704@AOL.COM
Harold Kempf	KempfHarold@aol.com
Gerald Kemski	0404102964-0001@t-online.de
Margitta Klug	320093328666-0001@t-online.de
Ingrid Kolbe	Ingrid.Kolbe@freenet.de
Norbert Konrad	Konrad-Brunsbuettel@t-online.de
Werner O. Kramer	kramer.werner@tuchenhagen.de
Wolfgang Krüger	w.krueger@gmx.de
Steven Kunz	fidel.kunz@gmx.de
Sabine Leidig	sabine.leidig@attac-netzwerk.de
Jörg Lobach	Lobach@aol.com
Jürgen Locher	Juergen.Locher@t-online.de
Kathrin Lohse	K1Lohse@aol.com
Henry Mathews	HeyMathews@aol.com
Mike Melzer	promtheus@gmx.de
Birgit Menz	Birgit.Menz@t-online.de
Achim Meyer-Heithuis	achim.meyer-heithuis@ngg.net
Jörg Meinicke-Kleint	Meinicke-Kleint@onlinehome.de
Peter Meyer	pemey@gmx.net
Petra Mißbach	Petra.Missbach@t-online.de
Klaus Mucha	Kmucha@snafu.de
Achim Müller	achim_mueller@web.de
Heidi Müller	heidi.mueller-online@web.de
Marion Mutschelknaus	M.Mutschelknaus@gmx.de
Ferdinand Neuhaus	ferdinand.neuhaus@pds-ol.de
Robert Niemann	RobertNiemann@web.de
Jutta Nitsche	jutta.nitsche@pds-online.de
Hartmut Obens	Hobens@t-online.de
PDS AG B&G Hessen	Info@lagbug-pds-essen.de
Heidi Pommerenke	hp@z.zgs.de
Inno Raphtel	Inno@debitel.net
Hannelore Reiner	hanne-reiner@onlinehome.de
Ralf Rippel	ralf_rippel@web.de
Edeltraud Rogee	Edeltraud.Rogee@t-online.de
Helmut Ross	helmut-roos@web.de
Friederike Rüd	friederike-rued@gmx.de
Heinz Schäfer	HeinzSchaefer@t-online.de
Anke Schmitt	gegenfeuer@gmx.de
Johann Scheck	j.scheck@kreutzpointner.de
Anke Schmitt	gegenfeuer@gmx.de
Berno Schuckart	Bschuckart@aol.com
Monika Schlüter	Schlueter-Halberstadt@t-online.de
Monty Schädel	mail@montyschaedel.de
Hans-Jürgen Schwartz	jaeckl_md@yahoo.de
Angelika Skrzypczak	HSkrzypczak@t-online.de
Peter Stange	Uschi.Peter@t-online.de
Peter Venus	Peter.Venus@t-online.de
Harald Werner	harald-werner-berlin@t-online.de
Sabine Wils	Sabine.Wils@hamburg.de
Karl-Friedrich Zais	PKZais@t-online.de

# Termine der AG betrieb & gewerkschaft:

**Freitag/Samstag** **Leipzig**  
**16./17. Januar 2004** „Die  
Gewerkschaften 15 Jahre nach  
der Wende“

**Ist der Osten die Zukunft des  
Westens? -**

**Gewerkschaften Auslaufmodell  
oder Gegenmacht?**

**9. Gewerkschaftspolitische  
Konferenz der PDS**

**Sonntag,** **Leipzig**  
**18. Januar 2004**

**Bundestreffen der PDS AG betrieb  
& gewerkschaft**

**Weitere Bundestreffen der PDS  
AG betrieb & gewerkschaft im  
Jahre 2004:**

**6. / 7. März, 19./20. Juni, 18./19.  
September,  
27./28. November 2004**

## **IMPRESSUM:**

„betrieb & gewerkschaft Intern“ erscheint  
zweimonatlich und wird an alle Aktive der AG  
verschickt. Namentlich gekennzeichnete  
Artikel geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder. Geschäftsstelle:  
PDS AG B&G, Kl. Alexanderstr. 28,  
10178 Berlin, Tel. 030/2 4 009 673,  
Fax 030/ 24 009 624.

**Redaktionsschluss: 31.12.2003**

**Verantwortlich: BundessprecherInnenrat  
der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft**